



---

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Sperrfrist: 3. Februar 2012, 11:30 Uhr

## Statement

des  
Bayerischen Staatsministers  
für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

## Martin Zeil

anlässlich  
der Pressekonferenz zum aktuellen Stand der  
Energiewende

am 3. Februar 2012  
in München

**Hauptgebäude**  
Prinzregentenstr. 28, 80538 München

Abteilung Landesentwicklung  
Bayer. Energieagentur Energie Innovativ  
Prinzregentenstr. 24, 80538 München

**Pressestelle:**  
Bettina Bäumlisberger  
**Telefon**  
(0 89) 21 62-2290, -2291, -2689  
**Telefax**  
(0 89) 21 62-2614

**E-Mail**  
[pressestelle@stmwivt.bayern.de](mailto:pressestelle@stmwivt.bayern.de)  
**Internet**  
[www.stmwivt.bayern.de](http://www.stmwivt.bayern.de)  
**mobiles Internet**  
<http://m.stmwivt.bayern.de>

## **Meine sehr verehrten Damen und Herren!**

Am 9. Juni des vorigen Jahres – 90 Tage nach der Katastrophe in Fukushima – skizzierte die **Bundeskanzlerin** in einer **Regierungserklärung** den „Weg zur Energie der Zukunft“. Also jenes Projekt, das uns seither unter dem Begriff „**Energiewende**“ geläufig ist.

### **Zitat der Bundeskanzlerin**

Ich zitiere aus der **Rede der Kanzlerin**: „Es handelt sich um eine Herkulesaufgabe.“ Und weiter: „Es scheint einer Quadratur des Kreises nahezukommen, all das schaffen zu wollen, was wir uns vorgenommen haben.“ Zitat Ende. Ich kann heute dazu nur sagen: **Die Kanzlerin hatte Recht**

### **Von Anfang an gewarnt**

Meine Damen und Herren,  
als bayerischer Wirtschaftsminister, der vor allem der Industrie und ihren Arbeitsplätzen, den Tausenden Arbeitgebern und Millionen Arbeitnehmern verpflichtet ist, das heißt zuallererst dem Wirtschaftsstandort Bayern, habe ich **von Anfang an deutlich und vernehmlich gewarnt**, dass der Ausstiegszeitraum von etwas mehr als zehn Jahren ambitioniert, wenn nicht gar zu ambitioniert ist.

Als Wirtschaftsminister Bayerns, dem wirtschaftlichen Kraftzentrum Deutschlands, muss ich in erster Linie die **Versorgungssicherheit im Blick haben**. Es geht darum,

- dass die energieintensive Industrie in Bayern nicht durch **Stromausfälle** beeinträchtigt wird,
- dass keine **Arbeitsplätze** gefährdet werden, und
- dass der **Strompreis** nicht so exorbitant ansteigt, dass er für unsere Unternehmen zum Standortnachteil und für manche Bürger zu einem Luxusgut wird.

**Dies werde ich nicht hinnehmen!**

Lange war es für Deutschland und insbesondere für Bayern ein Standortvorteil, dass jedes Unternehmen, das hier produziert oder sich hier ansiedelte, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon ausgehen konnte, zu jeder Tages- und Nachtzeit mit ausreichend Strom versorgt zu werden.

### **Industrie klagt über Stromausfälle**

Diesen Standortvorteil drohen wir aktuell zu verspielen. Anfang Dezember musste ein **Ölkraftwerk bei Graz** hochgefahren werden, um die Versorgung für Bayern zu gewährleisten. Die Industrie in Bayern, aber auch in anderen Bundesländern, klagt immer häufiger über eine zunehmende Zahl **kurzfristiger Stromausfälle**. Unser Versorgungssystem funktioniert zwar noch, aber **es ist auf Kante genäht. Was wir hier tun, ist hochriskant.**

**Das darf nicht sein. Denn man spielt nicht mit einem Wirtschaftsstandort!**

### **Import von Atomstrom**

Längst **importiert Bayern Atomstrom** aus jenen Reaktoren im benachbarten **Ausland**, deren Sicherheitsstandards eher nicht den hohen Standards der deutschen Reaktoren entsprechen, Ganz konkret – und um die Dinge beim Namen zu nennen – beziehen wir Strom aus dem **tschechischen Kernkraftwerk Temelin**. Das ergibt sich eindeutig aus den vorliegenden Zahlen zum Stromaustausch zwischen Deutschland und Tschechien: Die Stromimporte aus Tschechien sind seit Mitte März 2011 erheblich angestiegen.

**Das darf nicht sein. Denn es offenbart eine Doppelmoral, die zumindest ich mir nicht zu eigen machen möchte.**

Und es zeigt zugleich: Eine Energiewende darf auf Bundesebene nicht nur **politisch verordnet** werden, sie muss dort auch **politisch gestaltet** werden, wenn sie glaubwürdig sein soll. Diejenigen, die diese Energiewende – gegen meinen Rat – in der falschen Reihenfolge beschlossen haben, sind jetzt gegenüber Bayern in einer besonderen Pflicht – auch die Bundeskanzlerin als treibende Kraft der Energiewende.

**Versorgungssicherheit nach 2015 aus heutiger Sicht gefährdet**

Spätestens **Ende 2015**, wenn mit **Grafenrheinfeld** ein weiterer bayerischer Reaktor vom Netz geht, kommen wir an einen Punkt, wo ich aus heutiger Sicht die **Versorgungssicherheit** in unserem Land **nicht mehr ohne Wenn und Aber garantieren** kann. Zumindest nicht, wenn der Auf- und Ausbau alternativer Energieformen und Ersatzkapazitäten in dem Tempo weitergeht wie bisher.

Und um es noch deutlicher zu sagen: Wenn er weiterhin so langsam, zu langsam vorstatten geht.

Meine Damen und Herren,

**jeder muss hier seine Verantwortung wahrnehmen.**

. Mir geht es heute darum, deutlich zu machen, wer seine Hausaufgaben gemacht hat und wer noch nicht.

**Verantwortung von Bund und Europa**

**80 Prozent** der **Gesetzgebungskompetenzen im Energiebereich** liegen beim **Bund**, für die restlichen **20 Prozent** zeichnet **Europa** verantwortlich. Die Länder und die Kommunen vollziehen lediglich die Bundesgesetze, sie weisen Flächen aus und koordinieren die Investitionen. Das heißt: Selbst wenn die Länder und die Kommunen ein hohes Tempo anschlagen und vorbildlich arbeiten – was sie in Bayern getan haben – braucht die Energiewende ein ebenso schnelles und entschlossenes Vorgehen des Bundes, um ein Erfolg zu werden. Daran aber hapert es.

**Bisher bereits sehr  
viel geleistet**

Mein Ministerium hat unter meiner politischen Führung in kürzester Zeit sehr viel geleistet:

- Wir haben als erstes Bundesland ein völlig neues **Energiekonzept** mit dem Titel „**Energie Innovativ!**“ vorgelegt.
- Wir haben eine **eigene Energieagentur** gegründet und personell ausgestattet.
- Wir haben im Gegensatz zu anderen Ländern im **Nachtragshaushalt** genügend Geld zur Verfügung gestellt und zusätzlich 126,5 Millionen Euro für die Energiewende im Freistaat locker gemacht. **Schwerpunkt** ist hierbei die *Energieforschung*.
- Wir haben einen **Windenergieerlass** herausgegeben und sorgen für zügige Genehmigungsverfahren.
- Wir führen **intensive Gespräche** mit potenziellen **Investoren aus dem In- und Ausland**. Beispiel: runder Tisch mit Gazprom und möglichen inländischen Partnern.
- Wir haben in einem eigenen **Landesplanungsgesetz** die Kompetenzen der Planungsverbände und damit dezentrale Strukturen gestärkt.
- Und wir werden mit einem „**Zehn-Punkte-Fahrplan**“ den Anteil der **Wasserkraft** am bayerischen Energiemix noch weiter erhöhen.

Unsere gesamten Aktivitäten bringen aber nichts, wenn solche Maßnahmen vom Bund nicht im gleichen Tempo umgesetzt werden. Wenn da nichts oder zu wenig kommt, können die Staatsregierung und die Kommunen die Probleme alleine nicht lösen.

**Dem schnellen Staffelläufer nützt es rein gar nichts, wenn er Rekordzeit läuft. Sind seine Teamkollegen zu langsam unterwegs, verliert auch er das Rennen.**

**Energiewende für  
Freistaat besondere  
Herausforderung**

Insbesondere Bayern mit seinem bis dato sehr hohen Anteil an Kernenergie ist wie kein anderes Bundesland darauf angewiesen, dass der Bund schnell, effizient und zielgerichtet arbeitet. **Denn für kein anderes Land stellt die Energiewende eine solche Herausforderung dar wie für unseren Freistaat.**

**Risiko für Arbeits-  
plätze**

Um es noch deutlicher zu formulieren: **Für kein anderes Land und seine Arbeitsplätze stellt die Energiewende ein so hohes Risiko dar.**

Das ist der Grund, warum ich als Wirtschaftsminister heute noch einmal klipp und klar meine Forderungen an den Bund deutlich artikulieren will.

**Weckruf aus  
Bayern!**

**Das hier, meine Damen und Herren in Berlin, ist ein Weckruf aus Bayern!**

Ich jedenfalls werde nicht zulassen, dass unser Land, seine Unternehmen und seine Arbeitnehmer Schaden nehmen. **Ich habe immer gewarnt, den zweiten Schritt vor dem ersten zu tun!**

## **Versäumnisse des Bundes**

Meine Damen und Herren,  
wo liegen die **Versäumnisse**, was genau geht zu schleppend voran? Wo muss der Bund jetzt Tempo machen, damit die Sache noch gelingt?

## **Stromnetze**

- Der Bund muss die **Stromnetze** schneller ausbauen, um über große Stromautobahnen auch große Strommengen nach Süddeutschland transportieren zu können. Laut vorliegenden Studien der Deutschen Energie-Agentur (dena) brauchen wir bis 2020 insgesamt 4500 Kilometer dieser Stromtrassen. Realisiert sind aber gerade mal 200 Kilometer. Das ist viel zu wenig! Rein rechnerisch müssten pro Jahr mindestens 400 Kilometer fertig gestellt werden. Sonst klappt es nicht bis zum Jahr 2022!

## **„Thüringer Strombrücke“**

- Wir brauchen so schnell wie möglich die sogenannte **„Thüringer Strombrücke“** – und wir brauchen den Ausbau der Leitungskapazität auf der wichtigen Verbindung von Landshut über Simbach nach Österreich. Bei der Realisierung dieser beiden Projekte, die für die Versorgungssicherheit Bayerns von allergrößter Bedeutung sind, darf nicht noch mehr Zeit vergeudet werden.

## **Regionale Verteilnetze**

Wir brauchen darüber hinaus schnell mehr **regionale Verteilnetze**, weil durch das nahende Ende der Kernenergie die dezentrale Einspeisung von Strom zunehmen wird. Bundesweit rechnen Experten mit einem Bedarf von 200.000 Kilometern. Allein in Bayern werden mindestens 50.000 Kilometer notwendig sein.

**Die bisherigen Gesetzgebungsaktivitäten des Bundes in diesem Bereich mögen gut gemeint sein, sind aber unzureichend.** Es läuft im Prinzip alles zentral über die

Bundesnetzagentur, obwohl die Länder die nötigen Stromleitungen besser und schneller realisieren könnten, weil sie vor Ort sind und Erfahrung mit komplexen Planungen haben.

### **Bundesnetzagentur**

Die **Bundesnetzagentur**, die eine wichtige Rolle beim Umbau der Energieversorgung spielt, muss **mehr Tempo** machen. Der schon lange angekündigte Bedarfsplan für neue Hochspannungsleitungen muss noch vor der Sommerpause vorgelegt werden.

### **Erdverkabelungen**

Fragwürdige und aus meiner Sicht auch an Populismus grenzende Regelungen wie die **Erdverkabelungen**, die den Bau von Netzleitungen nicht nur wesentlich teurer machen, sondern diesen auch weiter verzögern, tun ihr übriges.

### **Vorrang des Naturschutzes beenden**

Und wir brauchen dringend gesetzliche Korrekturen auf Bundes- und EU-Ebene, um den **Vorrang des Naturschutzes** vor dem Netzausbau in dieser Form zu **beenden**. Bundesumweltminister Norbert Röttgen hat hier bisher zu wenig getan und muss dringend handeln, damit diese beiden Güter – Energieversorgung und Naturschutz – künftig gleichberechtigt nebeneinander stehen.

Meine Damen und Herren,

### **Gaskraftwerke**

die Zeit drängt auch beim Bau neuer **Gaskraftwerke**, die wir dringend brauchen, wenn Bayern auch künftig in der Lage sein soll, seinen Strombedarf aus eigener Erzeugung zu decken. Um den Wegfall der bayerischen Kernkraftwerke kompensieren zu können, brauchen wir hier vier bis fünf große Gas- oder Dampfkraftwerke mit einer jährlichen Stromproduktion zwischen 3.000 und 4.000 Megawatt (MW).

In diesem Zusammenhang **appelliere ich an unsere Kommunen und ihre Stadtwerke**, sich beim Bau neuer Kraftwerke zusammenzutun. Die Kooperation mit einem großen Gasunternehmen kann dabei helfen. Denn damit wird der Brennstoffbezug zu vernünftigen Preisen sichergestellt.

## **Ausländische Lieferanten**

Um das ganz klar zu sagen: Wir verhandeln hier nicht nur mit **Gazprom**, sondern auch mit **norwegischen** und **holländischen Anbietern**, um Bayern nicht unnötig von einem Lieferanten abhängig zu machen. Aber wir werden mit keinem ins Geschäft kommen, wenn sich der Bau neuer Gaskraftwerke für diese Investoren nicht lohnt. Die nämlich investieren nur, wenn die Rentabilität stimmt, was sie im Übrigen nicht von deutschen Energieversorgern unterscheidet.

Es gibt in Bayern genügend geeignete Standorte – wie den in **Haiming**, wo ja ein großes **Gas-Kombi-Kraftwerk** geplant ist, das für die Deckung unseres Energiebedarfs außerordentlich wichtig ist. **Die Investoren aber warten ab**, weil zum Beispiel der Einspeisevorrang für erneuerbare Energien den Betrieb großer Gaskraftwerke derzeit wenig lukrativ macht. Wir bräuchten spezielle Kraftwerksförderprogramme oder – noch besser – eine moderne und marktorientierte Ausgestaltung bei der Einspeisung erneuerbarer Energien. Sonst kriegen wir keine Investoren!

Wenn ich mir zum Beispiel ansehe, wie **Pumpspeicherkraftwerke** benachteiligt werden, nur weil der **Bundesumweltminister** schlampige Gesetze vorlegt, dann ist es doch kein Wunder, dass die Energiewende noch nicht da ist, wo sie eigentlich sein sollte.

Meine Damen und Herren,  
uns läuft die Zeit davon! Bayern kann nicht ewig darauf warten, bis der Bund sich irgendwann doch noch aufrafft, bessere **gesetzliche Rahmenbedingungen** zu schaffen. Oder die **Beschleunigungsgesetze für den Kraftwerksbau** zu verabschieden, die wir hier dringend benötigen. Weil die Planung und der Bau eines großen Gaskraftwerks bei optimalem Verlauf fünf bis sechs Jahre in Anspruch nehmen, ist es jetzt schon fünf vor zwölf! Rechnen Sie selbst: Könnten wir heute anfangen, wäre das erste Gaskraftwerk vermutlich 2018 am Netz. Wir bräuchten aber schon Ende 2015 ein bis zwei funktionsfähige Gaskraftwerke. Sie erinnern sich: Dann geht mit Grafenrheinfeld das nächste Kernkraftwerk vom Netz.

Die Bundesregierung muss hier schnell Klarheit schaffen, damit wir nicht noch mehr Zeit verlieren. Das können wir uns nämlich schlichtweg nicht mehr leisten. **Wenn Berlin so weiterwurstelt wie bisher, gerät der Wirtschaftsstandort Bayern in Gefahr!**

Meine Damen und Herren,

## **Förderung der Photovoltaik**

wie dringend der Handlungsbedarf ist, zeigt sich nirgendwo so deutlich wie bei der bisherigen staatlichen **Förderung der Photovoltaik**. Hier steuert zwar Bundeswirtschaftsminister Rösler endlich gegen – und das begrüße ich ausdrücklich – aber der bereits eingetretene Schaden ist immens. In diesem Bereich ist es schon **fünf nach zwölf!**

Rechnet man alle bereits zugesagten Förderungen bei der Photovoltaik seit dem Jahr 2000 zusammen, belastet der Bund die Stromkunden mit mehr als 100 Milliarden Euro **Auf die bayerischen Stromkunden entfallen davon etwa 20 Milliarden Euro**. Nur um Ihnen einmal die Größenordnung zu verdeutlichen:

Mit diesem Betrag könnten wir zwei Drittel aller Schulden des Freistaats auf einmal tilgen!

Ein Durchschnittshaushalt zahlt über seine Stromrechnung rund 70 Euro allein für die Förderung der Photovoltaik – für gerade mal drei Prozent der deutschen Stromerzeugung aus Solar-energie.

In der übertriebenen Förderung, wie wir sie heute haben, steckt nicht nur ökonomischer, sondern auch sozialer Sprengstoff.

### **Windkraftanlagen**

Auch der Bau von **Windkraftanlagen** geht – wie von mir bereits ganz zu Anfang prophezeit – zu langsam voran. Jeder Bürger ist prinzipiell für den Ausbau erneuerbarer Energien. Und jeder Bürger ist konkret dagegen, wenn ein Windrad in Sichtweise seines Hauses gebaut werden soll oder in der Nähe seines Grundstücks geothermische Bohrungen geplant werden.

Auch hier ist der **Bundesumweltminister** gefordert: Wir müssen die **Ziele Energieversorgung und Naturschutz auf eine Stufe stellen**. Sonst werden wir es nicht schaffen, die erneuerbaren Energien so auszubauen, dass sie in Bayern bis 2022 die Hälfte unseres Strombedarfs decken.

Meine Damen und Herren,

### **Strom als Kostenfaktor für Industrie**

last but not least geht es um die Preise, die Frage also, **was Strom in Zukunft kostet**. Diese Frage ist für die **Industrie in Bayern** überlebenswichtig. Deutsche Produkte sind im internationalen Vergleich schon jetzt teuer, gleichen dies aber durch eine weltweit unerreichte Qualität aus. Sie dürfen durch einen zu hohen Strompreis aber nicht noch teurer werden, weil wir sonst an Wettbewerbsfähigkeit verlieren und Industrie-betriebe abwandern würden.

**Auch für die Bürger darf Strom zu keinem Luxusgut werden!**

Der Bund ist hier gefordert, den Strompreis auf einem vertraglichen Niveau zu halten. Rund 25 Cent pro Kilowattstunde kostet Strom – fast die Hälfte davon machen Steuern, Abgaben und Umlagen aus. Die Stromsteuer zu senken, wird in Berlin aber überhaupt nicht diskutiert. Die Erleichterungen für die Industrie sind halbherzig – **es fehlt hier ein klares Bekenntnis zum Industriestandort Deutschland. Dieses Bekenntnis fordere ich hiermit ein!**

Geradezu grotesk wird es, wenn jetzt ausgerechnet die SPD gegen die bestehenden Erleichterungen für die Industrie etwa bei der EEG-Umlage zu Felde zieht. Da fragt man sich schon, was aus der Partei der Industriearbeiter geworden ist.

Meine Damen und Herren,

**Klimaschutz**

ich könnte Ihnen jetzt auch noch einiges zum Thema **Klimaschutz** sagen, der von der Energiewende nicht gerade profitiert. Um es mal vorsichtig zu formulieren.

Das **Gesetz für bessere Abschreibungsmöglichkeiten für die energetische Gebäudesanierung** zum Beispiel hängt im Vermittlungsausschuss fest, weil die rot-grünen Bundesländer wegen der zu erwartenden Steuerausfälle wieder mal blockieren. Dabei würde nach übereinstimmenden Berechnungen von Experten ein Euro Steuerausfall acht Euro an Investitionen auslösen.

Meine Damen und Herren,

**Forderungen an Bundesregierung**

lassen Sie mich meine **Forderungen an die Bundesregierung** noch einmal knapp zusammenfassen:

- Netzausbau**
- Wir brauchen einen **beschleunigten Ausbau der Netze**.
- Ausbau regionaler Verteilnetze**
- Wir brauchen einen **schnelleren Ausbau der regionalen Verteilnetze**.
- Klarheit über Bau von Gaskraftwerken**
- Wir brauchen bis Mitte des Jahres **Klarheit** über die genauen gesetzlichen **Bedingungen und Förderungen beim Bau großer Gaskraftwerke**.
- Förderung erneuerbarer Energien zurückfahren**
- Ganz oben auf der bundespolitischen Agenda muss die **Reform der Förderung der Erneuerbaren Energien** stehen! Ich werde es nicht länger hinnehmen, dass wir wegen der gegenwärtigen Ausgestaltung bei der Einspeisung erneuerbarer Energien keine Investoren für Gaskraftwerke finden.
- Planwirtschaft beenden**
- Der Bund muss **aufhören, die Energiewende nach den Regeln der Planwirtschaft zu organisieren**, die wir in Deutschland doch eigentlich hinter uns gelassen haben. So wie bisher kann und darf es nicht weitergehen. Der Vorsitzende des Fünf Weisen, Professor Schmidt, hat am Mittwoch hier im Ministerium klar nachgewiesen: Mit dem heutigen EEG werden wir die Energiewende nicht schaffen – weil es entsetzlich ineffizient ist und die deutsche Volkswirtschaft bei einem Weiter-So überfordert.

**Die marktwirtschaftliche Alternative dazu sieht so aus:**

Die Energieversorger werden verpflichtet, einen bestimmten Anteil des von ihnen gelieferten Stroms aus erneuerbaren Energien zu decken – ohne Verpflichtung auf eine bestimmte Technologie. Auf diese Weise würde ein **Handel mit „Grünstrom-Zertifikaten“** entstehen, der auch die erneuerbaren Energien wieder auf den Strommarkt zurückbringt. Genau da gehören sie nämlich hin!

Es ist gut, dass Minister Rösler jetzt diesen Systemwechsel bei der Erneuerbaren-Förderung in die politische Debatte eingebracht hat. Und es ist ein Trauerspiel, dass Minister Röttgen sofort reflexartig diese Debatte zum Tabu erklärt hat.

### **Energieversorgung und Naturschutz**

- **Naturschutz darf nicht länger Vorrang vor der Energieversorgung haben**, weil mit der andernfalls drohenden Flut von Klagen und Prozessen der ohnehin eng gesteckte Zeitplan für die Energiewende nicht zu halten ist.

### **Stromsteuer senken bzw. abschaffen**

- Die **Stromsteuer** muss **gesenkt, wenn nicht gar abgeschafft** werden, damit Strom bezahlbar bleibt – für Bürger und Industrie.

### **Besondere Unterstützung für Bayern**

- **Bayern** muss vom Bund wegen seines hohen Anteils an Kernenergie eine **besondere Unterstützung** erfahren, damit die Energiewende auch hier gelingen kann. Notfalls müssen wir in Bayern einen Sonderweg beschreiten. Deutschland kann es sich nicht leisten, seinen stärksten Wirtschaftsmotor ins Stottern zu bringen.

### **Schlussappell**

Meine Damen und Herren,

als Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident appelliere ich jetzt noch einmal an den Bund, seine Hausaufgaben zu machen und die Dinge schnell auf den Weg zu bringen, die dringend auf den Weg gebracht werden müssen.

**Die Zeit läuft uns weg!**

**Bayern hat seine Hausaufgaben gemacht!**

**Jetzt muss der Bund endlich nachziehen! Es ist allerhöchste Zeit!**